

KLIMA- NOTSTAND

IN BAD SALZUFLEN?

Immer mehr deutsche Kommunen folgen dem Beispiel von Konstanz, indem auch sie den sogenannten „Kommunalen Klimanotstand“ ausrufen.

Schon der Begriff Notstand soll aufzeigen, dass ein dringender Handlungsbedarf besteht. Wie dieser mit konkreten Taten und handfesten Ergebnissen befriedigt werden kann, bleibt bei vielen öffentlichkeitswirksamen Initiativen jedoch offen. Allerdings nicht in Bad Salzuflen.

Wir als SPD-Ratsfraktion unserer Stadt gehen bereits seit vielen Jahren einen wirkungsvolleren Weg. Wir haben zahlreiche Beschlüsse gefordert, mitgetragen und durchgesetzt, mit denen auf lokaler Ebene und in städtischer Verantwortung Maßnahmen zur Milderung der Klimaveränderung und deren Folgen herbeigeführt wurden.

MIT GUTEN BEISPIELEN VORAN:

- Auf Antrag der SPD müssen seit 2016 alle Fahrzeuge, die von der Stadtverwaltung, den Stadtwerken und dem Staatsbad neu angeschafft werden, mit elektrischem Antrieb ausgestattet sein.
- Im städtischen Haushalt wird jährlich ein Betrag bereitgestellt, mit dem Maßnahmen gegen das Insektensterben umgesetzt werden. Auch diese Initiative basiert auf einem Antrag der SPD.
- Gemeinsam mit anderen Ratsfraktionen haben wir schon vor 13 Jahren Leitlinien für die Stadtwerke beschlossen, die diese zu ökologischem Handeln verpflichten.

- Die Bürger in Bad Salzuflen beziehen schon seit einigen Jahren „grünen“ Strom, sofern sie Kunden der heimischen Stadtwerke sind.
- Eine Beteiligung der Stadtwerke an einem Kohlekraftwerk wurde abgelehnt.
- Vor wenigen Wochen wurde im Aufsichtsrat der Stadtwerke beschlossen, dass ab 2022 alle Stadtbusse in Bad Salzuflen elektrisch angetrieben werden. Sie fahren dann also ohne Motorenlärm und ohne Abgase.
- Unter der Zielformulierung „Umweltfreundliche Mobilität“ läuft zurzeit ein von uns seit langem geforderter Versuch, unsere Innenstadt autoarm und damit auch abgasfreier zu machen.

Alle aufgeführten Maßnahmen sollen dazu beitragen, das Klima in Bad Salzuflen zu schonen oder gar zu verbessern. Da der Klimawandel allerdings längst begonnen hat, müssen wir uns auch auf die bereits absehbaren Folgen der Klimaveränderungen vorbereiten.

Hierzu haben wir als SPD-Fraktion am 10.10.2018 einen entscheidenden Antrag auf den Weg gebracht, dem der Rat zugestimmt hat. Die Verwaltung wurde aufgefordert, „in allen Bereichen städtischer Planung und städtischen Handelns die möglichen Folgen, die sich aus der Veränderung des Weltklimas ergeben, zu bedenken, zu beschreiben und zu berücksichtigen.“

Wir erwarten ein Ergebnis im Oktober dieses Jahres.

IN DIESEM ANTRAG HABEN WIR ZUDEM KONKRETE VORSCHLÄGE GEMACHT, Z. B.

- die Versorgung mit Trinkwasser durch Erschließung neuer Brunnen sicherzustellen
- die Abwasser- und Oberflächenwasserentsorgung durch neue Leitungen und erhöhte Kapazitäten zu optimieren
- das Fernwärmenetz auszubauen, um Emissionen zu verringern
- bei der Stadtplanung zukünftig stärker auf Begrünung und ökologische Nutzung zu achten
- auch private Begrünung von Dachflächen sowie das Pflanzen von Bäumen zu fördern
- den Autoverkehr aus der Innenstadt herauszuhalten, den Fahrradverkehr zu unterstützen

Alle diese kommunalen Maßnahmen werden den globalen Klimawandel nicht aufhalten.

Aber sie leisten ihren Beitrag, haben Vorbildcharakter und zeigen auf, dass auch auf lokaler Ebene kleine Schritte möglich sind, um CO₂-Neutralität zu erreichen. Und mit jedem Schritt in die richtige Richtung kommt das Ziel näher. ■

Alle Informationen auch online abrufen:



Editorial

STANDORT-BESTIMMUNG



Zugegeben: Der SPD geht es derzeit nicht gut. Zwar leisten die SPD-Ministerinnen und Minister in Berlin gute Arbeit, aber in den Umfragen wird dies nicht belohnt. Wir erwarten jedoch, dass mit einer neuen Führung und klarem Konzept eine Wende zum Besseren gelingen wird.

Vor Ort in Bad Salzuflen schätzen wir die politische Situation unserer Partei schon jetzt besser ein. Die SPD im Bad Salzufler Rat ist gut aufgestellt und ist nach wie vor die gestaltende Kraft. Wir stellen seit 2004 den Bürgermeister und geben in der Kommunalpolitik die entscheidenden Impulse. In diesem Stadtblatt werden wir unsere kommunalpolitische Arbeit in den vergangenen Jahren darstellen und Wege für die Zukunft aufzeigen.

Wer die Entwicklung unserer Stadt in den letzten 15 Jahren unvoreingenommen betrachtet, wird gewaltige Fortschritte auf vielen Gebieten feststellen: Innenstadtgestaltung, Kurparkerneuerung, Masterplan Schötmar, klimafreundliche Stadtwerke, Sanierung unserer Finanzen, neue Bildungs- und Schulkonzepte, Sanierung und Modernisierung unserer Schulen sowie ein nachfragegerechter Ausbau von Kita-Plätzen sind nur einige Beispiele für die stetige Weiterentwicklung und Verbesserung unserer Stadt.

Die SPD-Fraktion möchte Sie ein Jahr vor der nächsten Kommunalwahl informieren und verdeutlichen, dass wir die übernommene Verantwortung im Rat der Stadt durch Anträge, Impulse und Entscheidungen erfolgreich wahrgenommen haben. ■

Eduard Böger

Eduard Böger
Fraktionsvorsitzender



AUTOARME INNENSTADT



Im Dezember 2018 haben wir als SPD-Fraktion den Antrag auf eine weitere Verkehrsberuhigung des historischen Stadtkerns gestellt. Zahlreiche Beschwerden über den verstärkten Durchgangsverkehr in der Innenstadt und viele Gespräche des Ortsvereins mit der Werbegemeinschaft, den Kaufleuten und Gastronomen haben uns zu diesem Schritt veranlasst.

Nach monatelangen Diskussionen in den zuständigen Fachausschüssen hat im Juli 2019 der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung ab-

schließend und einstimmig den Start für einen dreimonatigen Verkehrsversuch für eine autoarme Innenstadt bis zum 30. September 2019 gegeben.

Die bestehende Fußgängerzone im Bereich der Lange Straße wird seitdem um die Osterstraße, Am Markt und Steege erweitert. Damit darf nur noch der Zielverkehr (Anlieger) mit einer Ausnahmegenehmigung motorisiert in die Innenstadt einfahren. Der Anlieferverkehr ist von 18:30 Uhr bis 10:30 Uhr gestattet. Die Erreichbarkeit mit dem Stadtbus oder Taxi ist gewährleistet.

Der übliche Autoverkehr wird weiträumig in die Parkhäuser geleitet. Alternativ zum Auto kann die Innenstadt von allen Seiten mit dem Fahrrad erreicht und umfahren werden. Die Lange Straße ist allerdings nur den Fußgängern vorbehalten. Dieser Bereich lädt zum entspannten Bummeln, Einkaufen und Verweilen ein.

Der Versuch wird – wie von der SPD gefordert – mit einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit, Datenerhebung und Kontrolle begleitet. Alle Bürger, Betroffene und Interessierte können im Internet auf der Website der Stadt ihre

Stellungnahme abgeben. Aufgrund gravierender Einwände können spontane Anpassungen vorgenommen werden.

Sollte der Versuch eine allgemeine Zustimmung finden, geht der jahrzehntelange Wunsch der SPD nach einer autoarmen Innenstadt in Erfüllung. Außerdem trägt dieser Versuch zu einer klimafreundlichen Mobilität im Innenstadtbereich bei. Das Motto ist „Park statt Parken“. Er verbessert nicht nur die Aufenthaltsqualität, sondern stärkt auch die Gastronomie, den Einzelhandel sowie den Kur- und Messestandort Bad Salzungen. ■

GELBE SÄCKE



Die mangelhafte Versorgung mit Gelben Säcken in Bad Salzungen gehört nicht zu den existenziellen Problemen in unserer Stadt. Lästig ist es aber allemal.

Seit 2018 gibt es einen neuen Betreiber der Abfallentsorgung im Kreis Lippe. In Bad Salzungen machte sich diese Umstellung vor allem durch negative Folgen bemerkbar: Für alle Bürgerinnen und Bürger in Bad Salzungen ist nur noch eine Ausgabemöglichkeit für Gelbe Säcke im Rewe-Markt in der Innenstadt vorgesehen.

Die Beschwerden zahlreicher Bürgerinnen und Bürger können wir sehr gut nachvollziehen. Denn auch wir sind der Meinung, dass eine einzige Ausgabestelle für die gesamte Stadt nicht ausreicht. Ein Vergleich mit der Stadt Detmold macht das gesamte Ausmaß dieses Missstandes deutlich: Hier stehen den Bürgerinnen und Bürgern sieben Ausgabestellen zur Verfügung.

Wir haben daher mit einem Fraktions-Antrag vom 27.05.2019 den Bürgermeister aufgefordert, für mehr Ausgabestellen zu sorgen: Mindestens zwei weitere in der Kernstadt, eine in Schötmar und eine in Knetterheide, um die Wege zu den Gelben Säcken für alle Ortsteile möglichst kurz zu halten.

In seiner Antwort teilte der Bürgermeister mit, dass neue Verhandlungen mit der Firma Veolia aufgenommen worden sind, um diesem Anliegen gerecht zu werden.

Inzwischen wurde eine zweite Ausgabestelle in Schötmar bei den Stadtwerken eingerichtet.

Wir werden aber weiterhin darauf drängen, dass noch über zusätzliche Ausgabestellen im Kernbereich und in den Ortsteilen mit der Veolia verhandelt wird. ■

ARTENVIELFALT

IST UNVERZICHTBAR!

Es gab Zeiten, da mussten Autofahrer, sobald sie am Urlaubsort ankamen, die Windschutzscheibe ihres Fahrzeugs mit einem Insektenschwamm mühevoll säubern. Diese Zeiten sind längst vorbei, denn die Anzahl der Insekten hat sich drastisch reduziert. Doch nicht nur um den Mengenbestand, auch um die Artenvielfalt steht es schlecht.

Zahlreiche Institutionen haben in ihren Jahresberichten den Insektenverlust dokumentiert und die Folgen aufgezeigt. Auch ein Großteil der Nahrungsmittel, die wir zu uns nehmen, hängt maßgeblich von der Bestäubung durch Insekten ab. Dadurch, dass wir den Insektenverlust zulassen, sägen wir an dem Ast, auf dem wir sitzen. Was kann man also dagegen tun?

WissenschaftlerInnen haben in Stuttgart hierzu einen 9-Punkte-Plan veröffentlicht, der beispielhaft ist. Er beinhaltet folgende Einzelmaßnahmen:

1. Einschränkung des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft
2. Extensivierung der Landwirtschaft

3. Erhöhung der Artenvielfalt des Grünlandes

4. Pflege von Naturschutzgebieten

5. Mehr Natur im öffentlichen Raum

6. Gegen Lichtverschmutzung angehen

7. Forschungs- und Bildungs-offensive

8. Förderung von Wildbestäubern

9. Öffentlichkeitsarbeit

Nicht alle Themen sind auf kommunaler Ebene zu belegen. Einige aber schon. Die SPD in Bad Salzungen hat im Ausschuss für Klima und Umwelt einen Antrag zur veränderten Pflegeweise der öffentlichen Grünflächen gestellt. Zur Erhöhung der Artenvielfalt soll die Häufigkeit des Mähens künftig reduziert werden. Dazu soll durch Aussaat eine Vermehrung der Pflanzenarten erreicht werden. Die Mahd soll künftig außerdem abgeräumt werden, um das Erdrücken und die Vergärung des Untergrundes auszuschließen. Unser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ebenso hat die SPD in Bad Salzungen die Überprüfung der Nutzung von landwirtschaftlich genutzten Straßenrändern beantragt. Die Reduzierung von landwirtschaftlicher Nutzung und Düngung lässt mehr natürlichen Lebensraum für Insekten entstehen.

Die SPD erwartet eine Flächenverfügbarkeit von mehreren Hektar.

Noch eine Maßnahme: Auf vielen städtischen Grundflächen sind Blühwiesen gesät worden. 2019 haben

sich diese Flächen gegenüber 2018 bereits vervielfacht. Viele Bürger sind dem Beispiel der Stadt gefolgt, indem sie das von der Stadt kostenlos ausgegebene Saatgut von Wildblumenwiesen auf eigenen Grundstücken ausgesät haben.

Diesen erfolgreichen Weg sollten wir weitergehen. Darüber hinaus sollten wir uns auch den anderen Punkten nach und nach zuwenden. ■



EINE ATTRAKTIVE STADT FÜR JUNGE FAMILIEN



Eine zukunftsfähige Stadt schafft man nur, wenn sich junge Menschen in ihr wohlfühlen. Deshalb arbeiten wir daran, Bad Salzuflen auch für die Jugend zu einem attraktiven Wohnort zu gestalten.

Ein Vorhaben, das bei seiner Umsetzung Maßnahmen einschließen muss, die genau auf die Bedürfnisse junger Familien zugeschnitten sind: Ein bedarfsgerechter Ausbau von Kitaplätzen im Wohnumfeld der Kinder, ein Abbau der Überbelegungen in den Kitas, familienfreundliche Öffnungszeiten – das sind Ziele, die wir seit langem intensiv verfolgen. Dazu haben wir ein Handlungskonzept eingefordert und durchgesetzt, das den Bedarf realistisch erfasst und konkrete Maßnahmen festschreibt.

Wir wollen Wegen und Plätzen in der gesamten Stadt generell eine größere Aufenthaltsqualität verleihen. So diskutieren wir in den Ausschüssen eine verbindliche Spielzeitplanung für Bad Salzuflen. Unser Ziel ist eine kinder- und jugendgerechte Stadt, die erlebbar und beispielbar ist. Und wenn diese Idee Eingang in die Salzufler Stadtentwicklung findet, profitieren alle Generationen von einer gesteigerten Lebensqualität.

Auch beim Thema Mobilität müssen spezielle Lösungen für Kinder und Jugendliche gefunden werden. Kitas, Schulen sowie Freizeitorte sollten gefahrlos zu Fuß oder mit dem Rad erreicht werden können. Hier ist ein jugendgerechter ÖPNV gefragt, mit dem auch junge Menschen selbstständig ihre Ziele erreichen können.

Bei allen Aspekten entscheiden wir nicht über die Köpfe der Jugend hinweg. Der Jugendhilfeausschuss hat auf Antrag der SPD die regelmäßige Abfrage von Kindern und Jugendlichen nach ihren Anliegen beschlossen. So beziehen wir junge Menschen aktiv und frühzeitig bei Planungsprozessen mit ein.

„Jugend gehört in die Stadt“ – unter diesem Motto gibt es auf Initiative der SPD seit 2018 ein jährlich stattfindendes Kultur-event von Jugendlichen für Jugendliche. Auch das zentral gelegene Jugendcafé KIWI war und ist uns eine Herzensangelegenheit.

Bad Salzuflen ist eine lebenswerte Stadt für junge Menschen – dafür stehen wir. ■

EINE ERFOLGS- GESCHICHTE DER SCHULPOLITIK

Vor 10 Jahren beantragten wir, zusammen mit Grünen, FDP, FWG und der damaligen WFU, die Errichtung einer Gesamtschule in Bad Salzuflen.

Auslöser war die Tatsache, dass in manchen Jahren mehr als 90 Schülerinnen und Schüler tagtäglich unsere Stadt verließen, um die Gesamtschulen in den Nachbarstädten zu besuchen. Hinzu kam, dass die Anzahl der Abiturientinnen und Abiturienten in Bad Salzuflen weit unter dem Landesdurchschnitt lag. Viele Jugendliche sahen offensichtlich keine Chance, diesen Abschluss über das Gymnasium zu erlangen. Also strebten sie ihn gar nicht erst an.

Für die neugebildete „Bunte Fraktion“ war jedoch klar: Die Intelligenz der Salzufler Kinder liegt ganz sicher nicht unter dem Landesdurchschnitt. Außerdem kann es nicht sein, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Bildungslaufbahn nach der Grundschule in Herford, Lemgo oder Leopoldshöhe fortsetzen. Die gesamte Schullandschaft in Bad Salzuflen musste folglich modernisiert werden.

Man beschloss, die mittlerweile recht kleinen Gymnasien in Aspe und im Lohfeld zusammenzuführen und das Bildungsangebot der Stadt mit einer Gesamtschule im Schulzentrum Aspe zu vergrößern.

Der politische Gegenwind war heftig. Er kam von vielen Seiten, vor allem aber von der heimischen CDU und der damaligen Landesregierung. Erst ein Bürgerbegehren und ein darauffolgender sehr deutlicher Bürgerentscheid machten den Weg für die neuen Konzepte frei.

In diesem Jahr erhielten die ersten 74 Abiturientinnen und Abiturienten der Gesamtschule Aspe ihre Zeugnisse. Wir als SPD haben dazu gratuliert. Wir fühlen uns bestätigt, mit unserem politischen Anliegen mehr Bildungsgerechtigkeit für die heimischen Schülerinnen und Schüler geschaffen zu haben. Die Chance auf eine wirklich gute Bildung in Bad Salzuflen wird heute durch ein Schulangebot gesichert, das in seiner Vielfalt beispielhaft ist.



Wir setzen uns für eine gute Schulinfrastruktur ein!

Das Schulangebot im Sekundarbereich

I und II:

GYMNASIUM
mit gymnasialer Oberstufe
als Halbtagschule

GESAMTSCHULE
mit gymnasialer Oberstufe
als Ganztagschule

REALSCHULE
als Ganztagschule

REALSCHULE
als Halbtagschule

HAUPTSCHULE

FÖRDERSCHULE

DER ERFOLG HAT VIELE VÄTER...

... der freie Eintritt in den Kurpark für Salzufler Bürgerinnen

und Bürger hat hingegen nur einen: die SPD.

Für diesen Erfolg mussten wir uns jedoch gegen hartnäckigen

Widerstand durchsetzen.

Am 15.03.2016, pünktlich zur Sitzung des Planungsausschusses, legte die SPD-Fraktion ihren Antrag vor, die neu gestaltete Wandelhalle im Kurpark eintrittsfrei für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zugänglich zu machen. Die Gründe hierfür lagen für uns klar auf der Hand: Die Wandelhalle sollte belebter werden und einen Raum für gesellschaftliche Begegnungen darstellen. Zudem konnte so den Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihren Steuergeldern zur Neugestaltung beigetragen haben, etwas zurückgeben werden.

Der Gegenwind war allerdings erheblich: Der Kurdirektor, die CDU sowie einige Vereine äußerten sich ablehnend und kündigten Widerstand an. Auch die Groko mit CDU und SPD im Rat der Stadt stand auf

der Kippe. Wir verteidigten unseren Antrag jedoch zu jeder Zeit vehement.

Als sich in den folgenden Diskussionen herausstellte, dass allein der kostenfreie Eintritt in die Wandelhalle technisch schwierig durchzuführen sei, wurde unser Antrag auf freien Zugang der Salzufler Bürgerinnen und Bürger zu unserer Freude auf den gesamten Kurpark ausgeweitet.

MIT DER BÜRGERKARTE IN DEN KURPARK

Mit dem Konzept einer Bürgerkarte, die sowohl zum kostenfreien Eintritt in den Kurpark berechtigt als auch mit anderen kostenpflichtigen Dienstleistungen aufgewertet werden kann, gelang schließlich nach etlichen Überzeugungsrounds eine Einigung im Stadtrat.

Am 29.02.2017 wurde die Einführung der Bürgerkarte beschlossen. So können künftig alle Bad Salzuflerinnen und Bad Salzufler von den hohen Investitionen ins Staatsbad profitieren. Zugleich kann man gezielt mehr Publikum in den Kurpark locken, was nebenbei auch noch die Attraktivität der Geschäfte in der zukünftigen Wandelhalle erhöht.

Inzwischen findet die Bürgerkarte viele Befürworter – auch unter den einstigen Gegnern des Konzepts. Der Kurpark ist beliebt und belebt. Mehr als 10.000 Salzuflerinnen und Salzufler sind mittlerweile im Besitz der Karte. Und wenn die Wandelhalle gegen Ende des Jahres geöffnet wird, wird der Besuch im Kurpark sogar noch attraktiver. ■





MASTERPLAN SCHÖTMAR



Schötmar hat Potenzial: Das hört man nicht nur immer wieder, es stimmt auch. Zahlreiche Initiativen, Feste, Unternehmen und Vereine stärken den Ortsteil auf unterschiedlichen Wegen.

Da Schötmar jedoch auch immer wieder mit Herausforderungen konfrontiert wird, die es sonst in keinem Ortsteil Bad Salzuflens gibt, bleibt ein großer Teil des Potenzials leider oft ungenutzt. Schötmar benötigt Unterstützung. Und jetzt, da die aufwändige Sanierung der Kernstadt abgeschlossen ist, sollte der zweitgrößte Ortsteil Bad Salzuflens auch endlich zum Zuge kommen.

Die SPD fordert seit Langem einen Modernisierungsschub für Schötmar. Mit dem Masterplan, der vom Büro STEG NRW in Dortmund erarbeitet wurde, könnte dieser dringend erforderliche Schub tatsächlich erfolgen. Denn schon der Begriff macht deutlich, dass es bei dem Vorhaben um etwas Großes und Grundsätzliches geht. Also nicht nur um frische Farbe an den Bushaltestellen oder um neue Blumenbeete.

In dem Masterplan, der vom Rat beschlossen und der Stadtverwaltung in Auftrag gegeben

wurde, fließt vieles mit ein, was Schötmar nachhaltig nach vorn bringen kann. Stärken, Schwächen, Ziele und Wünsche, die über ein Bürgerbeteiligungsverfahren aufgenommen wurden, greift der Masterplan auf. Das Ergebnis ist ein sogenanntes Zielsystem mit 42 Maßnahmen und Projekten.

Natürlich ist das Ganze nicht kostenlos umzusetzen, doch erste Fördergelder des Landes sind bereits zugesagt worden. Nun gilt es, Stärken zu stärken und Probleme konstruktiv zu beheben. Eine Übersicht.

ZU DEN STÄRKEN:

Das Büro Stadtkinder aus Dortmund, das ebenfalls in das Projekt Masterplan einbezogen wurde, hat besonders großes Potenzial für die Aufenthaltsqualität in Schötmar erkannt. Werre und Bega, die Hoffmannswiesen, der East-Yorkshire- und der Schlosspark bieten Freiräume im Grünen, in denen sich jeder Mensch wohlfühlen kann. Sogar urbane Räumen, wie die Plätze am Markt, an der Kilianskirche und vor dem Bahnhof, verfügen über dieses Potenzial. Man muss es nur nutzbar machen.

Auch eine Verbesserung der Mobilität würde Schötmar guttun. Die Schloss- und die Begastraße sollten vom Individualverkehr entlastet werden. Gleichzeitig ließen sich Bahn- und Stadtbussowie Fuß- und Radwegeverbindungen besser miteinander vernetzen. Worauf warten wir noch?

Besser heute als morgen sollte auch der Wirtschaftsstandort Schötmar eine Stärkung erfahren. Immerhin tragen die Gewerbegebiete und die Infrastruktur des Ortsteils maßgeblich zu der gesamtstädtischen Produktivität bei. Vor allem die regionale Einbindung des Messezentrums lässt sich optimieren.

Mit dem Schulzentrum Lohfeld gibt es in Schötmar ein breites und modernes Bildungsangebot. Zahlreiche Einrichtungen der sozialen Infrastruktur wie Jugendzentrum und Musikschule machen den Ortsteil für Kinder und Jugendliche zusätzlich interessant. Wo sich weitere Möglichkeiten der Optimierung bieten, sollten sie auch genutzt werden.

ZU DEN PROBLEMEN:

Die soziokulturelle Entwicklung des Stadtteils ist alles andere als optimal. Sozial schwache Milieus mit hoher Arbeitslosigkeit und einem hohen Migrantenanteil bieten wenig Entwicklungschancen – auch nicht für die Menschen, die darin leben. Hier muss vor allem die Politik tätig werden, um die Ausweitung zu verhindern.

In diesem Zusammenhang müssen auch Lösungen für die Probleme des Einzelhandels und der Gastronomie erarbeitet werden. Denn der Leerstand ist schon lange nicht mehr zu übersehen. Selbst in markanten Gebäuden (z. B. Korf, Pott) und an exponierten Stellen fehlen Geschäfte sowie Lokale. Und Leerstand bewirkt schließlich weiteren Leerstand.

Der Masterplan Schötmar kommt gewiss nicht zu früh. Doch hoffentlich auch nicht zu spät. Die SPD Bad Salzuflen wird die Umsetzung des Plans weiter unterstützen. ■

EIN OFFENES WORT

Unsere Kommune hat hohe Schulden. 140 Millionen Euro lasten laut Schätzung auf dem Haushalt unserer Stadt.

Die Ursachen hierfür sind unumstritten. Vor allem ihre zu schwache finanzielle Ausstattung trägt dazu bei, dass landes- und bundesweit viele Kommunen die zunehmenden Aufgaben nur mit wachsenden Schulden erfüllen können. Bad Salzuflen ist da keine Ausnahme, sondern eher der Regelfall.

2009 geriet unsere Stadt in die Haushaltssicherung. Nur dank eines von SPD und CDU beschlossenen Sparprogramms konnte der Stadtkämmerer 2014 wieder einen geordneten Haushalt vorlegen.

Viele Projekte mussten aufgeschoben werden. Projekte, die nun keinen weiteren Aufschub mehr dulden, da sie existenziell wichtig sind. Die Schulzentren, die Offenen Ganztagschulen und auch die Kindertagesstätten müssen fit für die Zukunft gemacht werden. Auch der Neubau der Feuerwehrhauptwache lässt sich nicht weiter hinauszögern.

Mehr als 90 Millionen Euro muss unsere Kommune in diese Projekte investieren. Hinzu kommt das jährliche Defizit des Staatsbades von mehr als 4 Millionen Euro.

Die Schulden werden also auf absehbare Zeit weiter anwachsen. Auch der Ratsbeschluss, der unserem Antrag folgte, und eine Kommission zur Prüfung weiterer Einsparpotenziale einsetzte, ändert daran zunächst nichts.

Wer also ein zukunftsfähiges Bad Salzuflen will, muss diese Zwangsläufigkeit anerkennen.

Und wer in diesen Zeiten von Freiräumen für kommunale Steuererleichterungen spricht, ist einfach nicht ehrlich. ■

SOZIALE LÜCKEN SCHLIESSEN



Soziale Ungerechtigkeit hat viele Gesichter. In Bad Salzuflen ist sie vor allem auch durch die Einschränkung der Mobilität in Erscheinung getreten. Ein monatlicher Betrag von 23,50 € steht Menschen in der Grundsicherung für ihre Mobilität zur Verfügung. Das Problem: Die Tickets für den öffentlichen Nahverkehr sind deutlich teurer. Selbst das preiswerte Kreis-Lippe-Ticket kostet 39,00 € und übersteigt damit das zur Verfügung stehende Budget deutlich. Für die betroffenen Personen sind längere Wege innerhalb der Stadt sowie im Kreis Lippe so kaum zu bewältigen.



SPD, Die Linke und Die Grünen haben diese soziale Ungerechtigkeit erkannt und den Unterschiedsbetrag zwischen 23,50 € und 39,00 € durch kommunale Ausgleichszahlungen ersetzt. Für die Sitzungen der betroffenen Ausschüsse, den Aufsichtsrat der Stadtwerke sowie den Stadtrat wurde am 10.07.2019 gemeinsam ein entsprechender Antrag gestellt.

Dieser sieht vor, dass in Bad Salzuflen baldmöglichst ein Sozialticket (MobiTicket one) eingeführt wird – analog ähnlicher Regelungen in Lemgo und Detmold. Das Sozialticket wird an Berechtigte zum Monatspreis von 23,50 € ausgegeben. Damit deckt sich der Preis mit dem Betrag, der den betroffenen Personen für diesen Zweck zur Verfügung steht. Hierzu wird eine Förderung des Landes NRW in Anspruch genommen. Notwendige zusätzliche Mittel sind im Haushalt der Stadt bereitzustellen.

Dem Antrag wurde bereits zugestimmt. Die Fraktionen von SPD sowie der beiden anderen Parteien haben dafür gesorgt, dass die Regelung bereits zum 01.09.2019 umgesetzt wurde, damit Mobilität ab diesem Sommer nicht mehr zu den Gründen für soziale Lücken in unserer Stadt gezählt werden muss.

Für August 2020 ist zudem eine Überprüfung dieses Beschlusses im Sozialausschuss anberaumt, um Erfahrungen mit der Ausgabe des Sozialtickets in Bad Salzuflen zu gewinnen und die Kosten konkret einschätzen zu können. ■

Gastbeitrag

WOHLFÜHLEN – MIT SICHERHEIT



Ich fühle mich wohl in Bad Salzuflen – das höre ich immer wieder von Bürgerinnen und Bürgern. Dass das so bleibt, hängt von vielen Faktoren ab. Unter anderem auch davon, dass man sich in der Stadt sicher fühlt. Deshalb habe ich direkt nach Amtsantritt im Rat die Wiederanschaltung der nächtlichen Straßenbeleuchtung umgesetzt. Die Sicherung der Märkte und Feste, die Beseitigung des Ärgernisses „Flohmarkt Herforder Straße“, mehr Kontrollen an Hot Spots usw. sind weitere Maßnahmen für ein sicheres Miteinander. Derzeit lasse ich die Video-Überwachung an einzelnen Schulen vorbereiten. Aktuell entsteht eine bessere Ausleuchtung im East-Yorkshire-Park. Man könnte noch viele Beispiele nennen.

Seit 2016 läuft die Neuorganisation und Weiterentwicklung der Ordnungspartnerschaft mit Polizei, Jobcenter, Zoll, Kreis und anderen Akteuren. Hier hat sich inzwischen eine überaus vertrauensvolle und wirkungsvolle Zusammenarbeit entwickelt. Die organisatorische und personelle Verstärkung des städtischen Ordnungswesens verfolge ich konsequent weiter. Bad Salzuflen ist aber als kreisangehörige Gemeinde nur ein Akteur mit begrenzten Zuständigkeiten. Deshalb fordere ich das Land auf, parallel dazu umgehend im Kreis Lippe die Polizeistärke aufzustocken. Das Land muss die Zahl der Bezirksbeamten auch in Bad Salzuflen verdoppeln, um gemeinsam mit den städtischen Außendienstmitarbeiterinnen und Außendienstmitarbeitern mehr Präsenz auf der Straße zu zeigen.

Bürgermeister Dr. Roland Thomas

IMPRESSUM

Bad Salzufler Stadtblatt
Herausgeber: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bad Salzuflen
Verantwortlich: Eduard Böger, Benzstraße 6, 05222 952-385
Layout und Satz: Agentur Waldmeister, Annika Reipke
Druck: Hans Gieselmann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG